



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836 890

P/XV/199 - 1. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Bund und Sport 62
Von H.G. Ritzel, MdB

3 15 Jahre Nordvietnam 50
Produkt des Bürgerkrieges -
Gefährliche Spannungen

4 - 5 Ein Beispiel echter Partnerschaft 48
Enttäuschte Hoffnungen der niedersächsischen CDU

5 - 6 Die Marinepläne des Bundesverteidigungsministers 49
Befremden in Skandinavien - Bedenken der Experten

* * * * *

Anhang:

Illegale Sperrmaßnahmen der Sowjetzone 50
Erklärung Herbert Wehners, Stellvertretender Vorsitzender der SPD,
zu den bisherigen Reaktionen auf die illegalen
Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenmachthaber

* * * * *

Bund und Sport

Von E. G. Ritzel, MdB

Seit Jahren haben sich die Sozialdemokraten in den Ausschüssen des Bundestages und im Plenum bemüht, höhere Leistungen zur Förderung der Gesundheitspflege durch den Sport zu erwirken. Entsprechende Anträge fanden durchaus nicht immer die Zustimmung der Mehrheit. Oft wurden nur geringe zusätzliche Leistungen gestillt oder überhaupt abgelehnt. Seitdem nun die Deutsche Olympische Gesellschaft an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und an die Bundesregierung ein Memorandum zum viel genannten "Goldenen Plan" gerichtet hat, seitdem auch von dieser Seite darauf hingewiesen wurde, daß heute fast jedes zweite Kind mit chronisch-krankhaften Störungen in die Schule eintritt, daß bei Jugendlichen verschiedener Berufe Haltungsanomalien, Fußschäden, Herz- und Kreislaufstörungen und Nervenstörungen vorliegen, daß die normale Altersgrenze im Erwerbsleben nicht erreicht wird, und daß Herz- und Kreislaufkrankungen mit 40 v.H. an der Spitze aller Todesfälle stehen, wird auch die Regierung wach. Die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 1961 wird Gelegenheit bieten, in bezug auf die Förderung des Inhaltes des "Goldenen Plans" die Probe aufs Exempel zu machen.

Was tut der Bundeshaushalt bis jetzt? Der Haushalt für 1960 verzeichnet für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiete des Sports und der Leibesübungen ganze zwei Millionen DM. Davon entfallen allein 650 000 DM auf die Entsendung deutscher Sportler, Mannschaften und Vorführungsgruppen zu Wettkämpfen und Begegnungen im Ausland, insbesondere anläßlich der Teilnahme der deutschen Mannschaft an den Olympischen Spielen in Rom. 240 000 DM sind für Veranstaltungen von gesamtdeutscher und von internationaler Bedeutung in der Bundesrepublik vorgesehen. Den Bundessportfachverbänden werden zur Durchführung von Maßnahmen, die im Interesse einer sportlichen Betätigung breiter Volksschichten liegen, 500 000 DM zur Verfügung gehalten. Für die Förderung der Sportwissenschaften und sportmedizinischen Forschung und der Arbeit der Übungsstätten - Beratungsstellen stehen 240 000 DM zur Verfügung. Bundesfachtagungen und Kongresse sollen mit 35 000 DM gefördert werden.

Maßnahmen im internationalen Sportverkehr, die im besonderen Interesse der Bundesrepublik liegen, können mit 200 000 DM gefördert werden. Für die Förderung des VersehrtenSports stehen 50 000 DM zur Verfügung, für die Förderung der rein jugendsportlichen Arbeit ebenfalls 50 000 DM und für sportliches Schrifttum, Lehrfilme u.a.m. 35 000 DM, zusammen also 2 Millionen DM. Außerdem hat der Bund bisher für die Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten Mittel bereitgestellt. Schon bei der Einweihung der Sport- schule des Deutschen Turnerbundes in Frankfurt a.M. habe ich darauf hingewiesen, daß die damals zur Verfügung stehenden 5 Millionen DM für diesen Zweck entschieden zu niedrig bemessen seien. Es ist erfreulich, daß sich der Bundesinnenminister jetzt endlich zu der gleichen Erkenntnis durchgerungen hat und vor kurzen im Deutschen Fernsehen erklärte, daß für diesen Zweck statt 10 Millionen DM 20 Millionen DM bereitgestellt werden sollten. Was wird die Folge einer kräftigen Unterstützung des "Goldenen Plans" sein?

Gewisse Kreise der Öffentlichkeit werden über die Befürworter der Forderung des "Goldenen Plans" herfallen. Sie werden von der ausgabefreudigkeit des Parlaments sprechen, sie werden von der hemmungs- losen Bewilligungssucht der Abgeordneten reden und was an Argumenten dieser Art sonst noch gefällig ist. Ich hoffe, daß sich im Deutschen Bundestag eine Mehrheit findet, die erklärt, daß die Vermeidung von chronisch-krankhaften Störungen von Schulkindern, die Bereitstellung von Kinderspielflächen, Schulsportstätten, Turn-, Spiel- und Gymnastikhallen, Lehrschwimmbecken, Schwimmhallen und Freibäder billiger ist, als die Bekämpfung eingetretener Krankheiten. Ich hoffe, daß sich im Bundestag eine Mehrheit findet, die der Erkenntnis Rechnung trägt, daß Herz- und Kreislaufkrankungen zu verfrühtem Tod, zu verfrühten Sozialleistungen, zu verfrühten Fürsorgelasten Anlaß geben, und daß eine solche Mehrheit bereit ist, diesen Kampf aufzunehmen. Die deutsche Jugend wird auf der Seite dieser Mehrheit stehen!

15 Jahre Nordvietnam

F.R. - Die "Demokratische Republik Vietnam" feiert am 2. September mit großem propagandistischen Aufwand ihren 15. Jahrestag. Der jetzigen Grenzziehung, die 1954 vorgenommen wurde, ging ein langer und blutiger Bürgerkrieg von mehreren Jahren voraus, der seinen Abschluß durch den Fall der Festung Dien Bien Phu fand. Im Mai 1954 mußte die französische Besatzung dieser Festung kapitulieren. Damit war der "schmutzige Krieg" praktisch beendet. In den Genfer Verhandlungen im Jahre 1954 wurde der 17. Breitengrad als Demarkationslinie zwischen Nord- und Südvietnam festgelegt. Beide Rivalen, Ho Chi Minh im Norden und Ngo Dinh Diem im Süden des Landes, verkörpern die unerbittliche Feindschaft beider Systeme. Allerdings kann sich Diem ebensowenig echte freie Wahlen leisten, wie etwa Ulbricht im mitteldeutschen Raum. So stehen sich am 17. Breitengrad die feindlichen Brüder in unversöhnlichem Haß gegenüber, und die Zwischenfälle, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben, bieten genügend Zündstoff für leichtfertige Angriffshandlungen von Heißspornen auf beiden Seiten.

Im Dezember 1959 erhielt Nordvietnam eine neue Verfassung. In ihr hat sich die "DRV" den Status einer Volksdemokratischen Republik gegeben. Die führende Kraft im Staate ist selbstredend die Kommunistische Partei, die erst im Jahre 1950 gegründet wurde.

Der nördliche Teil Vietnams umfaßt etwa 160 000 qkm und beherbergt eine Einwohnerzahl von ca. 13,7 Millionen. Hanoi mit 630 000 Einwohnern ist die Hauptstadt des Landes.

Seit 1958 ist ein Dreijahresplan im Anlaufen. Mit großer Energie werden die Grundindustrie, der Maschinenbau und die Konsumgüterindustrie nach bekannten Vorbildern entwickelt. 1955 besaß die DRV nur 17 industrielle Unternehmen - im Bürgerkrieg hatten die wenigen Betriebe zum Teil schwer gelitten -, während Ende 1960 schon 147 staatlich gelenkte Betriebe und über 500 örtlich geleitete Betriebe bestehen werden. Selbstredend können nicht alle Betriebe mit westlichen Maßstäben gemessen werden. Im Jahre 1950 betrug der Anteil der industriellen Produktion am Gesamtwert der Erzeugung nur 26 Prozent, Ende 1959 stieg der Anteil bereits auf über 37 Prozent. Das Land ist fähig, eine gesunde und ausgeglichene Volkswirtschaft zu entwickeln, denn Bodenzuntersuchungen haben ergeben, daß es über genügend gute Koks- und wertvolle Erze verfügt. Nach dem Auslaufen des Dreijahresplanes werden zweifellos neue und erweiterte Pläne durchgeführt werden. Vorherrschend ist noch der landwirtschaftliche Charakter des Landes, und er wird ein bestimmter Faktor auch in Zukunft bleiben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung setzt sich heute aus kleinen Bauern zusammen. Aber auch hier mußte der bäuerliche Eigenbesitz Produktionsgenossenschaften Platz machen. Gehörten 1958 nur fünf Prozent der Bauernfamilien einer Produktionsgenossenschaft an, so hat sich die Zahl bis Mitte 1960 auf 52 Prozent erhöht. Es ist das Ziel, auch die übrigen, noch selbständigen Bauern in eine solche Genossenschaft zu überführen.

Wie das Land einmal wiedervereinigt werden könnte, darüber bestehen zwischen Nord und Süd ebenso unterschiedliche Auffassungen, wie sie auch in den anderen zerrissenen Ländern bestehen. Schließlich wird das von der großen Politik bestimmt werden. Unterdessen wird auch hier Pulver angehäuft, das eines Tages überraschend zur Explosion kommen kann.

Ein Beispiel echter Partnerschaft

D. G. Hannover

Die Oppositionsparteien in Niedersachsen, vor allem die CDU, sind wieder einmal um eine Enttäuschung reicher. Als die Novellierung des niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes notwendig wurde und die Regierung die Rathhausparteien auf Grund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes wieder zulassen musste, benützten die Oppositionsparteien (CDU und DP) diese Gelegenheit, um gleichzeitig auch die Listenverbindungen wieder zu beantragen. Den Stimmverlust, den man bei den sogenannten bürgerlichen Parteien durch die Rathhausparteien befürchtet, wollte man durch Listenverbindung auszugleichen versuchen.

Die beiden Koalitionspartner der Sozialdemokraten in Niedersachsen reagierten auf die von der Opposition vorgeschlagene Wiedereinführung der Listenverbindung unterschiedlich: Gesamtdeutscher Block/BHE lehnte, wie schon bisher, Listenverbindungen ab, während sie die Freien Demokraten bejahten. Als gar der FDP-Landesvorsitzende von Niedersachsen, Wirtschaftsminister Dipl. Ing. Carlo Graaff, sich öffentlich zur Listenverbindung bekannte, da raunte die CDU von schwerem Zündstoff und von einer Zerreissprobe der niedersächsischen Koalition. Die Sozialdemokraten hatten erklärt, dass sie zwar gegen Listenverbindungen sind, daß aber diese Frage kein Problem sei und selbstverständlich jeder Koalitionspartner entscheiden könne wie er wolle. Schließlich wurde in einer Sondersitzung des aus den Ferien zurückgerufenen Landtages das Kommunalwahlgesetz novelliert und dabei auch die Listenverbindung mit einer einzigen Stimme Mehrheit wieder eingeführt. Die CDU hatte sich diese einzige Stimme allen zum erdenklichen Aufwand kosten lassen: aus Stockholm war ein CDU-Parlamentarier mit Flugzeug herangeholt worden, und als seine Maschine in Hannover auf dem Flugplatz mit 50 Minuten Verspätung gemeldet worden war, hielt ein CDU-Redner inzwischen eine Daueransprache, bis sein Kollege eingetroffen war.

Die Listenverbindungen sind also wieder möglich, allein die Hoffnung der CDU und DP auf die Koalitionzerreissprobe blieb aus. Der FDP-Fraktionsvorsitzende, Abg. Hedergott, hatte vor der Abstimmung angekündigt, dass seine Fraktion zwar mit den beiden Oppositionsfraktionen für die Wiedereinführung der Listenverbindung stimmen werde, daß man

daraus aber nun wirklich keine Rückschlüsse auf die Koalition ziehen dürfe. Im Gegenteil: diese Abstimmung sei gerade ein Beweis für den guten Geist in dieser Koalition. Hedergott konnte es sich nicht versagen, den beiden Oppositionsparteien klarzumachen, daß dieses Verhalten der Koalition und der Freien Demokraten in ihr genau dem entspreche, was Ministerpräsident Heinrich Wilhelm Kopf seinerzeit versprochen habe. Alle drei Parteien hatten sich im April 1959 im festen Willen zu einer loyalen Zusammenarbeit auf der Grundlage echter Partnerschaft zusammengefunden. Der Bestand und die Arbeitsfähigkeit dieser Regierungskoalition basieren nicht zuletzt auf der Anerkennung der Eigenständigkeit und der funktionellen Gleichberechtigung der kleineren Partner durch die zahlenmäßig weit Überlegene SPD. BHE und FDP sind eben in der Regierung Kopf keine Satelliten der Sozialdemokraten, sondern ihre echten Partner. Daß man das bei der CDU nicht begreifen kann, nimmt kaum Wunder.

+ + +

Die Marinepläne des Bundesverteidigungsministers

zu. - Manchmal kann man den Eindruck haben, daß Bundesverteidigungsminister Strauß unsere beiden skandinavischen Nachbarn, Dänemark und Norwegen, aus der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft vertreiben möchte. Jedenfalls hat die Herausgabe der Denkschrift durch den Bundeswehrführungsstab in Skandinavien einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen, wovon ja auch die Berichte der deutschen Diplomaten zeugen, die im Bonner Auswärtigen Amt eingegangen sind.

Neben diesem neuerlichen Prestigeverlust, den die Bundesrepublik in Skandinavien erlitten hat, beschäftigt man sich jetzt auch mit der Frage der Raketenzerstörer in Grösse von 6 000 Tonnen, welche die Bundesmarine für die Ostsee mit Unterstützung des NATO-Oberbefehlshaber Norstad wünscht. Noch vor Jahresfrist hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages in Übereinstimmung mit dem Verteidigungsausschuss den Weiterbau von Zerstörern für die Bundesmarine stoppen lassen. Die Absicht der Admiralität, zwölf 3 000 Tonnen grosse Zerstörer in Auftrag zu geben, war auf die Auftragserteilung von vier Zerstörern bei der Hamburger Stülcken-Werft reduziert worden. Stattdessen wurde dem Bundesverteidigungsministerium nahegelegt, für die frei werdenden Gelder Unterseeboote

und Marineflugzeuge zu beschaffen, mit der eine Verteidigung in der westlichen Ostsee viel wirkungsvoller möglich gewesen wäre.

Auch die Fachleute haben erhebliche Bedenken gegen 6 000 Tonnen grosse Zerstörer für die Ostsee angemeldet. Diese grossen Schiffe würden wegen der vielen Untiefen, Inseln und Buchten in einer Ostsee von heute, die zu jeder Zeit aus der Luft eingesehen wird, in ihrer Bewegungsfähigkeit stark behindert sein. Schon die knapp 3 000 Tonnen grossen sechs Leihzerstörer der Vereinigten Staaten, die jetzt in Flensburg und Kiel stationiert sind, werden bei dem kurzem Wellenschlag der Ostsee in ihrer Manövrierfähigkeit behindert, da sie einmal für den Einsatz im Atlantik und Pazifik entwickelt wurden.

Die Argumentation, die Zerstörer müssten jetzt 6 000 Tonnen gross sein, um Luftabwehrraketen vom Typ "Tartar" oder "Hawk" aufnehmen zu können, wird von den Fachleuten als nicht stichhaltig angesehen. Man verweist darauf, daß in mehreren westlichen Staaten die Entwicklungen bereits so weit sind, daß man unter 3 000 Tonnen grosse Zerstörer mit Luftabwehrraketen ohne atomare Sprengköpfe bestücken kann. Es gibt bereits Entwicklungen, wonach 6 000 Tonnen grosse Kriegsschiffe bald in der Lage sind, Polaris-Raketen aufzunehmen. Gerade diese Tatsache hat in Skandinavien zu der Vermutung geführt, dass die Bundesmarine im Grunde mit Polaris-Raketen bestückte Zerstörer in die Ostsee legen möchte, wobei hervorgehoben wird, dass diese Raketen Atomsprengköpfe tragen können und ausgesprochene Angriffswaffen sind.

Am Ende aber dürfte sich der Bundestag fragen, was denn nun aus dem Dezember-Beschluss des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses werden soll, der in Übereinstimmung mit Bundesverteidigungsminister Strauß feststellte: Eine Aufhebung der Tonnagebegrenzung bei der Westeuropäischen Union ist nur für den Bau einiger Ausbildungs- und Versorgungsschiffe aktuell. Eine Aufhebung der Begrenzung wird nicht gefordert, um das auf vier 3 000 Tonnen Zerstörer begrenzte Bauprogramm mit großen Raketenzerstörern fortzuführen.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler

Anhang:

SPD-Pressedienst

F/XV/199

1. September 1960

Illegale Sperrmaßnahmen der Sowjetzone

Erklärung Herbert Wehners,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

zu den bisherigen Reaktionen auf die
illegalen Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenmachthaber

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt dankbar, daß die westlichen Kommandanten von Berlin die illegalen Sperrmaßnahmen der Sowjetzonenmachthaber sofort mit einem Protest bei den für den freien Verkehr in und nach Berlin Verantwortlichen - nämlich der Sowjetunion - beantwortet haben. Sie nimmt auch mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Washington und London in eindeutiger Form ihre Rechte und Pflichten in Berlin bekräftigt haben, wie sie ebenso schmerzlich eine französische Stellungnahme vermißt.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, daß es zum Teil gewichtige Stimmen aus dem westlichen Lager gibt, die - sicherlich aus guten Motiven - darauf hinweisen, ob es denn zweckmäßig sei, daß man gerade jetzt Berlin als Platz für Veranstaltungen, wie zum "Tag der Heimat" und des Heimkehrerverbandes, gewählt habe, denn - so meint man - damit habe man den Pankowern die notwendigen Propaganda-Argumente auf den Tisch gelegt.

Die diese Besorgnisse haben, verkennen nicht nur den Charakter dieser Treffen, sondern auch die Methoden, mit denen die Sowjetzonenmachthaber vorgehen. Hat man denn vergessen, was sich noch vor wenigen Tagen in Berlin-O 112, Krossener-Straße 22, vor und im Kreisbüro der SPD in Friedrichshain abspielte? Dort wurden Ostberliner Sozialdemokraten stündlich von sogenannten Delegationen heimgesucht. Die "Diskussionen", die sie suchten, gingen bis an die Grenze der physischen Bedrohung. In diesem Falle hat man nicht das Argument gebraucht, daß es sich um Revanchisten oder Militaristen handelt, hier zeigte sich der wahre Charakter der kommunistischen Aktionen, denen es darum geht, die Freiheit der Menschen in dieser Stadt zu beschneiden und - wenn man ihnen freie Hand läßt - diese Freiheit schließlich zu beseitigen.

Gerade deshalb sollte man vorsichtig sein, im Westen zu qualifizieren, ob eine Veranstaltung im freien Teil der Stadt Berlin "propagandistisch" in dieser Situation gut oder schlecht ist. Wenn die Herren aus Pankow sich stark genug fühlen, und wenn man ihnen nicht entschieden entgegentritt, wie das beim Terror gegen die Ostberliner SPD der Fall war, dann werden sie bei jeder Veranstaltung die für sie gängige propagandistische Qualifikation finden. Mit dem Suchen nach Argumenten, ob eine Veranstaltung in West-Berlin jetzt geeignet oder ungeeignet ist, bewahrt man nicht den westlichen Standpunkt der Freiheit dieser Stadt, sondern hilft nur die jeweilige Propagandaposition der Zone zu untermauern.

Im Übrigen ist es nicht so, daß die neuesten Aktionen aus Pankow aus dem heiteren Himmel kommen. Die Sozialdemokratische Partei hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig wäre, sich gemeinsam zu überlegen, wie man solche Vorstöße auch gemeinsam abwehren kann. Diese Aufgabe sollte man nicht aus dem Auge verlieren.

+ + +